

(Abg. Günther.)

(A) doch nicht ganz spurlos an Ihrer wertigen Person vorübergegangen ist.

(Lachen rechts.)

Meine Herren! Wodurch hat denn die Sozialdemokratie, bei uns in Sachsen namentlich, einen so großen Einfluß erlangt? Sie hat diesen großen Einfluß erlangt einestheils dadurch, daß sich sehr oft, namentlich innerhalb der bürgerlichen Parteien, eine geradezu unmännliche Furcht breit machte, und, meine Herren, andererseits auch dadurch, daß so viele Fehler auf dem Gebiete der Gesetzgebung gemacht worden sind und Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, daß auch Fehler gemacht worden sind in der Handhabung der Gesetze und in der Handhabung von Polizeigesetzen, die man als Ausfluß polizeilicher Schikane des öfteren ansehen mußte, nicht nur innerhalb der Sozialdemokratie, sondern auch innerhalb der bürgerlichen Kreise. Und ich meine, meine Herren, wir haben alle Ursache, uns für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht zu erwärmen und nicht mit der Furcht vor der Sozialdemokratie zu operieren. Denn die Regierung stellt sich damit selbst das allerungünstigste Zeugnis aus, wenn sie uns mit der Furcht vor der Sozialdemokratie

(B) etwa graulich machen will.

Meine Herren! Die Staatskunst muß immer bestrebt sein, alle Staatsbürger im höchsten Grade für die Staatsidee, für die Staatseinheit und für den weiteren Ausbau des Staates zu interessieren, und dieser Gedanke ist nur ausführbar und durchführbar, wenn die Voraussetzung vorhanden ist, und diese Voraussetzung gipfelt darin, daß alle Bürger politisch gleichberechtigt sind.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren! Man sieht in den Arbeiterkreisen, in weiten Kreisen unserer intelligenten Arbeiterbevölkerung im Königreich Sachsen ein, daß es ganz unmöglich ist, allen Menschen oder allen Staatsbürgern eine gleiche soziale Stellung zu schaffen. Meine Herren! Diese Einsicht — und das ist begreiflich —, daß es ganz undenkbar ist, jedem ein gleiches Einkommen zu garantieren, daß es undenkbar ist, die Gleichheit nach dieser Richtung hin durchzuführen, wächst immer mehr und mehr. Aber nach der anderen Seite hin sagt sich auch der einfachste Arbeiter, daß er nicht mit zweierlei Maß gemessen werden will bezüglich der politischen Rechte. Hier in bezug auf das Maß der politischen Rechte, die die

Staatsgewalt und die Legislative den einzelnen Bürgern überläßt, will der Staatsbürger, der einfache Arbeiter, der kleine Handwerker, der kleine Geschäftsmann, genau so berücksichtigt sein wie der reiche Staatsbürger, der über ein großes Einkommen verfügt. Meine Herren! Daß alle Bürger politisch gleichberechtigt sind, ist sonach die Voraussetzung,

(Abg. Andra: Die falsche!) (Sehr richtig! links.)

die gegeben werden muß für die Einführung eines wirklich gerechten Wahlrechtes. Hier müssen alle Bürger sich gleich und voll berechtigt fühlen, und wenn Sie von diesem Grundsatz abweichen, dann verpflanzen Sie in die Herzen der kleinen Leute das Gefühl, das bittere Gefühl, daß sie nicht vollberechtigte Staatsbürger sind und daß man sie nicht politisch vollwertig einschätzt, und dieses bittere Gefühl erzeugt bei vielen Haß, und dieser Haß führt dazu, so zu wählen, wie wir es bei den Wahlen gar nicht wünschen.

(Sehr richtig! links.)

Aber, meine Herren, wenn nach dieser Richtung hin die Gesetzgebung ihre Arbeit erledigen würde, wenn das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht (D) der Ausfluß ihrer Tätigkeit in Übereinstimmung mit der Regierung wäre, dann würde man auch die sozialen Gegensätze mit überbrücken helfen. Es ist das vornehmste Mittel, um bei allen Gliedern des Staates das dauernde höchste Interesse für die Erhaltung des Staates und seiner konstitutionellen Einrichtungen wach und in Fluß zu halten, und es war kein Geringerer als Fürst Bismarck, der mit seinem Scharfblick rechtzeitig erkannte, welchen großen vaterländischen und staatserkhaltenden Wert das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht besitzt, und in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ — ich verweise in dieser Beziehung auf die Denkschrift der Königl. Staatsregierung vom Jahre 1903, wo auf Seite 25 dieser Gedanke Bismarcks abgedruckt ist — sagte er damals:

„Die Annahme des allgemeinen Wahlrechtes war eine Waffe im Kampfe gegen Oesterreich und weites Ausland im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen die Koalitionen.“

Ja, meine Herren, auch 1868 war es die Königl. Sächsische Staatsregierung, die in ihrer Denkschrift zu dem 1868er Wahlrechte sagte, es solle das allseitige